

# Auer Tageblatt

Abstellungen nehmen die Anwerter und die Anwerter die Posten stellen entgegen. — Erscheint werktäglich, einschließlich Anstalt Nr. 33.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Lebenshaltungskosten für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Restante-Dezelle 20 Goldpfennige, sämtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 245

Sonntag, den 19. Oktober 1924

19. Jahrgang

### Aufwertungsinteressenten.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß durch die Art, wie das Aufwertungsproblem seit Anfang dieses Jahres behandelt wurde, die Situation gründlich verändert wurde. Insonderheit scheint die Einsetzung eines Reichstagsausschusses für die Aufwertungsfrage ein in jeder Beziehung mitglücktes Mandat gewesen zu sein. Ohne die Sachkenntnis der einzelnen Mitglieder dieses Ausschusses in Zweifel ziehen zu wollen, wird man doch das Urteil abgeben müssen, daß nach der parteipolitischen Ausschlagung der Aufwertungsfrage im Wahlkampf während des letzten Frühjahres die Vertreter der politischen Parteien nicht sehr geeignet waren, das Problem nüchtern zu behandeln. In der Tat sind dem Schoße dieses Ausschusses auch Anregungen und Ideen entsprossen, die in keinem Punkte erster Kritik standhalten. Wenn es manchem Mitglied des Aufwertungsausschusses vielleicht schmerzlich war, bei näherem Studium der Aufwertungsfrage die Undurchführbarkeit früher gegebener und ausgesprochener Absichten zu erkennen, so wäre es zweifellos würdiger und richtiger gewesen, den Irrtum offen zuzugeben und nicht den Versuch zu machen, zwischen früherem Irrtum und neuer Erkenntnis ein unmögliches Kompromiß zu schließen. Denjenigen Deutschen, welche mit leidenschaftlicher Sehnsucht wenigstens teilweise eine Wiederherstellung ihres Vermögens erhoffen, und die das brennende Verlangen danach tragen, aus Almosenempfängern wieder zu berechtigten Rentenbesitzern zu werden, ist durch die Behandlung, welche das Aufwertungsproblem im Reichstagsausschuß erfahren hat, nicht gedient worden.

Die Behauptung, das Deutsche Reich werde keine Anleihe aufnehmen können, solange es sich nicht mit seinen früheren Gläubigern auseinandergesetzt habe, ist in gewissem Grade durch die Entwicklung widerlegt worden. Die Reparationsanleihe — für die allerdings ein bevorrechtigter Anspruch auf Reichsbesitz und Reichseinnahmen geschaffen worden ist — ist zustande gekommen, ohne daß die Reichsregierung eine formelle Erklärung über Anerkennung früherer Schulden abgegeben hätte. Das schließt natürlich nicht aus, daß bei weiteren Kreditgeheugen des Reiches die organisierten ausländischen Inhaber deutscher Anleihen bei ihren Regierungen eine grundsätzliche Anerkennung ihrer Ansprüche und vielleicht sogar die Forderung auf Befriedigung in gewissem Umfange durchsetzen. Die parteipolitischen Versprechungen und die Verhandlungen im Aufwertungsausschuß haben dazu geführt, daß ein weiterer großer Prozentsatz von Kriegsanleihezeichnern und anderen ursprünglichen Anleihebesitzern seine Papiere an Spekulanten verkauft hat. Eine Berliner Montagszeitung hat sogar die Behauptung aufgestellt, daß zwischen den einzelnen Mitgliedern dieses Ausschusses und den neuen Aufwertungsinteressenten enge Beziehungen bestanden haben. An der Tatsache jedenfalls ist nicht zu zweifeln, daß die Massenaufkäufer deutscher Anleihen das Hausfestieber immer wieder durch Ausschlagung von Vorschlägen und Entzügen des Aufwertungsausschusses enttäuscht konnten. Nach dem Zusammenbruch der Haussebewegung hat sich das früher schon bestehende Dilemma weiter verschärft: Um das Vertrauen der Geldgeber wiederzugewinnen, müßte das Reich seine früheren Schuldverpflichtungen ohne Einschränkung anerkennen. Damit würde es aber den Hausse-Spekulanten vom Sommer 1924 ungerichtfertigte Geschenke machen. Die für eine solche Aufwertung aufgewandten Summen würden nicht mehr überwiegend im nationalen und sozialen Geiste verwendet werden, da die heutigen Inhaber der öffentlichen Anleihen zweifellos nur zum geringen Prozentsatz den Kreisen derer angehören, denen man von Rechts und Anstands wegen wenigstens teilweise eine Wiederherstellung ihres Vermögens gewähren müßte.

### Ein Antrag Emminger im Aufwertungsausschuß.

Berlin, 17. Okt. Der Unterausschuß des Aufwertungsausschusses des Reichstages erörterte die Richtlinien, die er dem Plenum des Aufwertungsausschusses als Antwort auf die von ihm gestellten Fragen zur weiteren Verhandlung vorlegen will. Abg. Dr. Emminger (Bahr. Sp.) beantragte folgende Richtlinien:

Der Unterausschuß war mangels genügender Unterlagen nicht in der Lage, alle Fragen abschließend zu prüfen. Unter diesem Vorbehalt äußerte er sich gutachtlich dahin:

Eine Verzinsung der Reichs- und Staatsanleihen entsprechend dem Vorschlage Emmingers erscheint trotz der schlechten Finanzlage des Reiches möglich, wenn sie sich beschränkt auf die Verzinsung von selbstgezeichneten, von infolge Zwanges zur mündelsicheren Anleihe erworbenen oder infolge langen unänderlichen Besitzes ihnen gleichgestellten Stücken. Eine Verkäuflichkeit spekulativen Besitzes auf Kosten der deutschen Steuerzahler muß unter allen Umständen vermieden werden.

Bezüglich der Gemeindeanleihen erscheint es zweckmäßig, in Ausführung § 16 Abs. 3 der dritten Steuernotverordnung baldmöglichst zu beschließen, daß für die in § 16 Abs. 3 erwähnten Anleihen der allgemeine Aufwertungsatz zu gelten hat, wobei die oberste Landesbehörde beim Vorliegen besonderer Verhältnisse eine wechselnde Regelung treffen kann.

Eine Erhöhung des Umwertungssatzes erscheint vorbehaltlich des Härteparagrafen § 2 der dritten Steuer-

notverordnung wirtschaftlich tragbar. Eine Rückwirkung der Aufwertungsbestimmungen erscheint möglich. Es erscheint wünschenswert, den Sparkassen durch Bevorzugung bei den Reichsanleihen, Erhöhung des Aufwertungsatzes und Heranziehung des gesamten Mittel zur Aufwertung in einem solchen Umfange zuzulassen, daß sie Teilbeträge, die sich dem allgemeinen Aufwertungsätze nähern, ausschütten können.

## Die ewige Regierungskrise.

### Ein „Ultimatum“ der Deutschnationalen.

Die Verhandlungen zur Lösung der Kabinettskrise haben auch gestern nachmittag noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Reichskanzler war bemüht, ein Kabinett zu bilden, das sämtliche bisherigen Minister enthielt und nur die beiden vakanten Posten der Justiz und des Verkehrs mit Persönlichkeiten, die den Deutschnationalen nahe stehen, zu besetzen. Die Deutschnationalen aber erklärten sofort, sich mit einer solchen Arrangee nicht begnügen zu können. In der siebenten Abendstunde wurden die Versuche des Reichskanzlers nach dieser Richtung hin als gescheitert angesehen. Gegen 7 Uhr erschienen die Führer der Deutschnationalen Dr. Hergt, Graf Westphal, Schiele und Behrens, um dem Kanzler eine Art von Ultimatum zu stellen. Im Augenblick, da diese Jellen geschrieben werden, dauert die Konferenz des Kanzlers mit den Deutschnationalen noch an. Für die späteren Abendstunden haben die Fraktionen der Demokraten, der Volkspartei und der Deutschnationalen Sitzungen anberaumt. Ueber den Ausgang der Krise läßt sich auch gegenwärtig noch nichts Bestimmtes sagen.

Ueber die Befurehungen der deutschnationalen Vertreter mit dem Reichskanzler, die am Freitag abend stattfanden, liegt das nachstehende neutrale Telegramm des Wolffbüros vor:

„Nachdem sich die Unmöglichkeit ergeben hatte, auf dem Wege der Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages zu der notwendig gewordenen Erweiterung der Reichsregierung zu gelangen, hat der Reichskanzler nach Beratung mit den Reichsministern heute abend die Beauftragung der deutschnationalen Volkspartei über die Verhandlungen über Einbeziehung deutschnationaler Parteimitglieder in die Reichsregierung empfangen.“

Wie wir noch von anderer Stelle aus Berlin erfahren, hat man die Besprechungen der deutschnationalen Fraktion, die Freitag abend einsetzten, um die Mitternachtsstunde abgebrochen; die deutschnationale Fraktion hat beschlossen, Sonnabend früh wieder zusammenzutreten. Wenn man in der Sonnabendstunde zu einem Beschluß kommt, können dem Reichskanzler die deutschnationalen Vertreter für die Reichsregierung also am Sonnabend mittag namhaft gemacht werden.

Berlin, 17. Okt. In den Wandelgängen des Reichstages spricht man davon, daß der Reichskanzler den Deutschnationalen vier Sitze im Reichskabinett zugestanden habe. Als künftige deutschnationale Minister werden die Reichstagsabgeordneten Dr. Hergt und Leopold und die Landtagsabgeordneten von Kries und Freiherr von Gail genannt. Angesichts des heute abend erneuerten Beschlusses der demokratischen Fraktion, keinem Demokraten die Zugehörigkeit zu einem Kabinett zu gestatten, in dem die Deutschnationalen eine einflussreiche Stellung einnehmen, sind Kräfte am Werke, um

trotzdem das Verbleiben des Reichswehrministers Dr. Gessler zu erreichen. Dr. Gessler selbst erklärte, er werde unbedingt Parteidisziplin wahren.

Berlin, 18. Okt. In einer redaktionellen Bemerkung zu der Nachricht über die gestrigen Verhandlungen zur Beilegung der Regierungskrise weist die „Vossische Zeitung“ darauf hin, daß ein Kabinett, das sich aus Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei zusammensetzt, sogar mit Unterstützung durch die Wirtschaftspartei und den Bayerischen Bauernbund auf dem Papiere nur eine Mehrheit von neun Stimmen haben würde. Das hätte aber zur Voraussetzung, daß alle Bänke der Regierungskoalition vollständig besetzt sind, und daß alle Angehörigen der Regierungsparteien auch geschlossen für die Regierung stimmen. Schon die Stimmenthaltung einer kleinen Gruppe von etwa 12 Abgeordneten würde genügen, um ein solches Kabinett zu Fall zu bringen. Aus dieser Feststellung ergibt sich, welche entscheidendes Gewicht auf die Haltung der Demokraten gelegt werden müsse, für die sowohl nach dem genannten Blatt als auch nach dem „Berliner Tageblatt“ höchstens eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Reichsregierung, keinesfalls aber eine offizielle Beteiligung an der Regierung in Frage komme.

### Die Hoffnung auf Unsegen.

Ein Berliner Organ der Rechtsparteien verrät in seinen Betrachtungen über die Regierungskrise, wie heftig die Sehnsucht unserer „nationalen Kreise“ nach der Wiederkehr Poincares ist. Es heißt da:

„Das mit Sicherheit zu erwartende Verschwinden Macdonalds aus der englischen Regierung und die schwache Stellung des Kabinetts Herriot in Frankreich werden vielen Wählern in Deutschland die Augen über den Wert der internationalen Demokratie öffnen.“

Unsere Nationalisten hoffen auf die Stärkung ihrer Bestimmungsgenossen im gegnerischen Lager, wogegen die französischen Chauvinisten alles tun, um ihren deutschen Kollegen das Spiel zu erleichtern. Die blutige Internationale!

Verstärkte Hilfe gegen den Reichspräsidenten. Berlin, 17. Okt. Die Telegraphenunion verbreitet eine Meldung, wonach der Reichskanzler am Mittwoch abend zum Reichspräsidenten berufen worden sei, mit dem er eine längere Unterredung gehabt habe. Die Wirkung dieser Aussprüche glaubt man in der Absage an die zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler geladenen Deutschnationalen und in dem überaus schadenhaften Beschlusse der Zentrumsfraktion zu erblicken. Die Meldung, daß der Reichspräsident den Reichskanzler in dem von der Telegraphenunion angebotenen Sinne beeinflusst habe, ist falsch.

### Der Bremenser Senat gestürzt.

Bremen, 17. Okt. In der heutigen Sitzung der bremischen Bürgerschaft wurde nach längerer Debatte das von der Sozialdemokratie eingebrachte Misstrauensvotum gegen den Senat wegen seiner Zustimmung zur Schutzgeldvorlage mit 69 gegen 40 Stimmen angenommen. Dafür stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, die Kommunisten, ferner der größte Teil der Büllischen, ein Teil der Nationalen, die drei Hausbesitzervertreter und zwei Deutsche Volksparteiler.

### Kündigung sämtlicher Reichsarbeitertarife.

Neue Lohnbewegung bei den Reichsarbeitern. Berlin, 17. Okt. Vom Deutschen Verkehrsbund wird dem „Vorwärts“ mitgeteilt, daß er die Lohnsätze für die Arbeiter der Deutschen Reichspost, für die der Reichswasserbauverwaltung und für die Reichsbetriebs- und Verwaltungsarbeiter zum 31. Oktober gekündigt hat. Die zuständigen Ministerien sind um umgehende Verhandlungsaufnahme ersucht worden.

### In Amerika über 1 Milliarde Dollars gezeichnet.

London, 17. Okt. Während der Gesamtbetrag der Zeichnungen auf die Reparationsanleihe in England bis jetzt noch nicht ganz festgestellt werden konnte, weil der Bescheid zahlreicher Bankfilialen der Provinz noch nicht vorliegen soll, steht bereits der ungefähre Betrag der amerikanischen Zeichnungen fest. Er beträgt zwischen 1000 und 1100 Millionen Dollar. Der aufgelegte Betrag von 110 Millionen Dollar ist also mindestens zehnmal überzeichnet.

### Wahlkoalition in Amerika?

New York, 16. Okt. Staatssekretär Hughes hielt heute hier eine große Wahlrede, in der er die Bildung eines republikanisch-demokratischen Wahlbündnisses zur Abwehr der täglich wachsenden Gefahr durch die Kandidatur Lafolettes forderte. Der frühere Handelsminister Karl Nagler, der einflussreichste Deutschamerikaner, wendet sich in einem Aufruf an die Deutschen der Vereinigten Staaten und fordert sie auf, Coolidge zu wählen.